

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Leipzig.
Raben & Comp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringselgeld monatlich 2,75 M., durch
den Post bezogen vierteljährlich 8,25 M., unter Kreuzband für Deutschland
und Oesterreich-Ungarn 12,00 M.
Telegraphisch-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Weinbergplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Weinbergplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5-spaltige Normalzeile 1,50 M., Familienanzeigen
1,00 M., die 3-spaltige Normalzeile 4,00 M., einschließlich Inzeratsteuer. Bei
mehrwöchiger Aufnahme Rabatt. Inzerate sind im voraus zu bezahlen. Ohne Ver-
pflichtung zur Aufnahme an ungeliebten Tagen. Für Beerdigungsbelegungen 50 Pf.

Nr. 72

Dresden, Sonnabend den 27. März 1920

31. Jahrg.

Schwierigkeiten der Kabinettsbildung

Die Neubildung des Reichsministeriums ist leider bis zur Stunde noch immer nicht gelungen. Das ist um so bedauerlicher, als jede Stunde, um die sich das Zustandekommen des Kabinetts verzögert, um wieder einmal verloren ist. Die Verhandlungen im Reich sind daher sehr schwierig. Aber das kann natürlich nicht geschehen, wenn kein Reichswirtschaftsminister vorhanden ist. Auch auf wirtschaftlichem Gebiete sind energische Maßnahmen notwendig. Aber auch hier kann nichts Entscheidendes getan werden, wenn kein Reichswirtschaftsminister da ist. Zum Glück ist der gesamte Kabinettsrat schon vorhanden, weil die Gewerkschaften gegen das Verbleiben Schillers Einbruch erhoben haben.

Der Reichspräsident hat dem Genossen Hermann Müller die Neubildung des Kabinetts übertragen, nachdem die Genossen Legien und Wiffell die Übernahme dieser Aufgabe abgelehnt hatten. Ob wirklich das Verhalten Schillers so war, daß ein Rücktritt erforderlich ist, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls darf wegen einer einzelnen Person das Zustandekommen des Kabinetts nicht verzögert werden, und es ist in der gegenwärtigen Situation auch dringend notwendig, daß zwischen den Gewerkschaften auf der einen und der künftigen Regierung und den Reichsparteien auf der anderen Seite die besten Beziehungen erhalten bleiben. Nur wenn diese für unser politisches und wirtschaftliches Leben so wichtigen Faktoren zu gemeinsamer Arbeit bereit sind, können die großen Aufgaben erfüllt werden, die jetzt ihrer Lösung harren. Die Neubildung des Kabinetts gibt die Möglichkeit, deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß ein Rücktritt erfolgt ist. In Dresden ist bereits eine Regierungsumbildung erfolgt. Es sind Genossen in das Ministerium eingetreten, denen der Ruf besonderer Energie vorausgeht. Öffentlich geschieht im Reich ähnliches. In der vorläufigen Ministerliste, die veröffentlicht ist, wird auch eine Anzahl neuer Männer genannt. So soll Herr Schiller, der früher der nationalliberalen Partei angehört, durch den Süddeutschen Staatsrat ersetzt werden, der immer ein entschiedener Vertreter demokratischer Anschauungen gewesen ist. Am besten könnte der notwendige Rücktritt zum Ausdruck gebracht werden, wenn auch die Unabhängigen sich entschließen würden, in das Kabinett einzutreten.

Das Verhalten der Unabhängigen in den letzten Tagen läßt die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß man dort die politische Lage jetzt verständiger betrachtet als bisher. Es ist jetzt nicht die Zeit zu theoretischen Diskussionen über die Frage: Republik oder Demokratie. Aber eine nüchterne Betrachtung der Wirklichkeit müßte den Unabhängigen zeigen, daß der Kampf gegen die Reaktion unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur auf dem Boden der Demokratie geführt werden kann, und wenn sie in diesem Kampfe mithelfen wollen, so müssen sie sich, ohne daß sie ihre Zustände aufgeben brauchen, auf diesen Boden stellen. Wenn sie das tun, so dürfen sie freilich nicht zurückschrecken, in dem Koalitionsministerium einzutreten, denn auch Vertreter der bürgerlichen Parteien gehören. Dem nicht nur die Verfassung, sondern auch die demokratischen Grundsätze fordern es, daß die Regierung eine Mehrheit im Parlament hat. Auch wir wünschen nichts sehnlicher als das Zustandekommen einer rein sozialistischen Regierung, die ohne Rücksicht auf die bürgerlichen Parteien, eine entschiedene sozialistische Politik treiben könnte. Aber es gäbe für die Arbeiterklasse nichts Gefährlicheres, als wenn ihre Vertreter den Boden der Demokratie verließen und damit die Verfassung verletzten wollten. Dieser Schritt in dem Kampf gegen den Kapp-Putsch hätte zum Teil darauf, daß wir es waren, die die besten Gelegenheiten und die Verfassung schützten. Gewiß kam im Leben der Völker einmal die Stunde kommen, wo die Verfassung und wo die Verfassung gebrochen werden müssen, und diese Stunde hatte für Deutschland im November 1918 geschlagen. Aber es ist geradezu eine Lebensfrage für ein Volk und eine Vorbedingung für eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung, daß eine Revolution so schnell wie möglich erhalten bleiben kann, und wenn sie erhalten bleibt, dann auch die Verfassung die Tatsache, daß wir die Schlichter von Geis und Verfassung sind, hat uns in den Tagen der Kapp-Krise die Sympathie und die Unterstützung der weitesten Volksteile gesichert.

Sehr kritisch liegen noch immer die Dinge im Ruhrgebiet, und es ist leider zur Stunde noch fraglich, ob es nicht doch noch zu großen Untergängen kommt. Die Reichsregierung lagte in einem Aufruf, daß sie militärisch einzugreifen müßte, wenn die jetzt noch kämpfenden Arbeitertruppen den Kampf nicht einstellen, und der Aktionsausschuß in Hagen hat erklärt, daß er die Waffenstillstandsbedingungen anerkennt. Es ist aber bei einer aus dem Boden gestampften Armee immer sehr schwer für die Leistung, die Kämpfer im Kampf zu halten und die Durchführung eines Waffenstillstandes zu sichern. Außerdem haben bei den Vorgängen im Ruhrgebiet, wie es scheint, extreme kommunistische Elemente die Hand im Spiel, die daran hinarbeiten, es zu einem großen Kampf kommen zu lassen. Wenn es ernst wird, dann kann wohl kaum ein Zweifel daran sein, wie dieser Kampf endet. Bisher hat sich gezeigt, daß eine gut organisierte und geschulte Truppe einem in wenigen Tagen gelassenen Waffenaufgebot stets überlegen ist. Nach einer neuen Meldung löst sich die Front der Arbeitertruppen langsam auf. Hoffentlich bewahrt sich die Reichsregierung, denn gelingt es nicht, im Ruhrgebiet recht schnell wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen, so droht unserm Volke eine wirtschaftliche Katastrophe, die den Hunger von Millionen unserer Volksgenossen zur Folge haben kann.

Rasche Säuberung!

Der Kappstreich in Berlin hat alle Anhänger des Sozialismus, der Demokratie und Republik auf die Schanzen gerufen, und sie erwarten nunmehr ein entschiedenes Reinigungswerk. Der Nationalversammlung ist ein Notgesetz zugegangen, das der Regierung ein rasches und scharfes Vorgehen gegen die Hochverräter möglich macht. Soll den Regierungen die nötige Säuberungsarbeit gelingen, so bedürfen sie dazu der Unterstützung des ganzen Volkes. Das Interesse, das in allen freiheitlichen Schichten bis weit ins Bürgertum hinein an diesem Reinigungswerk besteht, zeigt sich auch in der Unzahl von Zuschriften, die uns in diesen Tagen zugehen und sich mit der Forderung mancher Offiziere beschäftigen. Die Gerechtigkeit gebietet, zu betonen, daß sich ein wesentlicher Teil der Reichswehrführer als unbedingt verfassungstreue erwies. Aber um ein gründliches Durchgreifen gegen die gegenrevolutionären Elemente zu fördern, ersuchen wir unsere Anhänger und Leser, uns alle ihnen bekannten oder bekannt werdenden Fälle von hochverräterischen Bestrebungen bei Reichswehr oder Behörden mitzuteilen und möglichst so zu belegen, daß die nötigen Handhaben zur Untersuchung gegeben sind.

Wir erklären uns bereit, zur Sicherung des eingehenden Materials zwei Vertreter der U. S. P. heranzuziehen und in allen Fällen, in denen gegenrevolutionäre Neigung oder Bestätigung zweifelhaft ist, auf rasche Abhandlung zu dringen.

Redaktion der Dresdner Volkszeitung.

Eine neue Wendung

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 27. März. Im Laufe des gestrigen Abends ist in der Frage der Kabinettsbildung wieder eine neue Wendung eingetreten. Obwohl der von dem Präsidenten Ober beauftragte Minister des Auswärtigen, Herrmann Müller, nach am Nachmittag erklärt hatte, daß er aufgegeben sei, ein neues Kabinett zu bilden, ist es ihm im Laufe des Abends nach eingehenden Verhandlungen mit den Reichsparteien doch gelungen, eine vorläufige Lösung zu finden. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Demokraten ihren bisher eingenommenen Standpunkt, der zu dem Konflikt geführt hatte, plötzlich geändert haben. Sie wollen nunmehr darauf verzichten, den Vizekanzler Schiller wieder zu präsentieren. Daraufhin wurde die Koalition gesichert und in neue Beratungen eingetreten. Eine feststehende Ministerliste konnte bis zum gegenwärtigen Augenblick noch nicht festgestellt werden. Aber immerhin ist man sich über die Weisung der in Frage kommenden Persönlichkeiten schon einig. Reichsminister Vizekanzler Müller, Vizekanzler der Minister des Innern Koch, des Ministeriums des Auswärtigen soll entweder dem Reichssozialisten Dr. Landberg, dem gegenwärtigen Vizepräsidenten in Berlin, oder dem allerdings noch keine Fassung besitzt, aber aber dem Demokraten Professor Kumpen angeboten werden. Das Reichswirtschaftsministerium wird in zwei Abteilungen geteilt: die erste Abteilung für Handel und Industrie übernimmt Bauer, der frühere Reichsminister, während die zweite Abteilung für Ernährung des bürgerlichen Reichswirtschaftsministeriums Schmidt zufällt. Reichswirtschaftsminister Dr. Geisler werden, während das Reichsfinanzministerium durch den Zentrumsmann Gehrmann, Dr. Cuno besetzt werden soll. Reichsfinanzminister wird wahrscheinlich Dr. Weich, das Reichsaussenministerium dürfte ebenfalls dem Reichssozialisten Söderström zufallen, während man sich über die Besetzung des Justizministeriums im Augenblick noch nicht einig ist. Der Plan der Bildung einer Arbeiterregierung ist infolge des Widerpruchs des Reichspräsidenten Ober zum Scheitern gekommen. In mehrheitlich sozialistischen Kreisen ist man mit der jetzigen Umbildung nach außen hin einverstanden.

Berlin, 27. März. Die für gestern anberaumte Sitzung der Nationalversammlung, auf deren Tagesordnung als einziger Punkt die Entgegennahme einer Erklärung der Regierung stand, ist vorläufig verzagt worden, bis die Situation geklärt und ein neues Kabinett zustande gekommen ist. Wie plötzlich der Umschwung in der Kabinettsfrage war, geht daraus hervor, daß der Reichsminister Bauer bereits eine Programmrede für die Umbildung des Kabinetts aufgelegt hatte, die er der Nationalversammlung vorzutragen wollte.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei teilt mit: Wenn die Fraktion für die Besetzung der Ministerien drei neue Männer vorschlagen hat, so geschah das deshalb, weil die gegenwärtige Lage im Lande eine entscheidende Umbildung des Kabinetts notwendig machen würde. Den entscheidenden sozialdemokratischen Ministern haben die Koalitionsparteien den Dank für ihre gemeinschaftliche und sachliche Führung, der Reichspartei ausgesprochen.

Das preussische Ministerium

Nach erneuter Beratung hat die sozialdemokratische Fraktion der preussischen Landesversammlung am Freitag mittag beschlossen, definitiv folgende Ministerliste zu präsentieren:

Präsident: Gräb,
Landwirtschaft: Franke,
Inneres: Odenisch,
Justiz: Köpcke,
Finanzen: Lehmann.

Genosse Gräb, der als Ministerpräsident vorgezogen wird, war bisher der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion in der Landesversammlung.

Der Vorwärts berichtet: Nach dem Stand der Verhandlungen am Freitagabend würde das Reichskabinett unter dem Vorsitz von Hermann Müller (Soz.) folgende Zusammensetzung annehmen:

Reichsminister: Hermann Müller (Soz.)
Reichsminister: Landberg oder Demost (Vernunft oder Sinn)
Finanzen: Cuno (Soz.)
Energie: Weich (Soz.)
Justiz: Geisler (Dem.)

Innen: Koch (Dem.)
Reichswehr: Schiller (Dem.)
Wirtschaft: Bauer (Soz.)
Erziehung: Jentzen (Sozialdem.)
Arbeit: Schmidt (Soz.)
Eisenbahn: Sell (Soz.)
Post: Geisler (Soz.)
Ohne Parteifarbe: David (Soz.)

Eine Erklärung der Demokraten

Die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei in der Nationalversammlung hat von den Vorgesetzten Kenntnis genommen, die einige Abgeordnete der drei Reichsparteien unter Ablehnung der Bildung ihrer Fraktion in der Nacht vom 19. auf den 20. März auf Einladung des preussischen Ministerpräsidenten mit Vertretern von Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten zur Herbeiführung des sofortigen Abbruchs des Generalstreiks geführt haben.

Die Bedenken, die einzelne der aufgestellten Forderungen hervorheben, sind von unseren Fraktionsmitgliedern schon bei jener Verhandlung betont worden. Es wurde deswegen schon damals offiziell festgestellt, daß die Durchführung der aufgestellten Forderungen nur erfolgen soll und darf:

1. streng auf dem Boden und im Rahmen der Reichsverfassung,
2. unter Wahrung der demokratischen Gleichberechtigung aller Volksgenossen, Berufsstände, Organisationen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, von Landwirtschaft und Gewerbe,
3. unter Rücksicht auf den gegenwärtigen Zustand unserer Volkswirtschaft und die oben entsetzliche gebieterische Notwendigkeit, die Produktion auf allen Gebieten zu fördern.

Wir fordern in der Nationalversammlung noch vor den Verhandlungen:

Sofortige Entwaffnung und Bestrafung der am Staatsstreik Schuldigen.

Demokratisierung und gründliche Reinigung der Verwaltung von gegenrevolutionären Persönlichkeiten.

Kaufung der gegenrevolutionären militärischen Formationen, die der Verfassung nicht treu geblieben sind, und ihre Erziehung durch Normalformen aus allen Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung.

Einsetzung verfassungstreuer Führer.

Einberufung der Sozialisierungskommission unter Zugrundelegung der Berufsverbände zwecks Herbeiführung der für eine allseitige Sozialisierung geeigneten Wirtschaftswege unter Ausschaltung der hierfür ungeeigneten mittleren und kleinen Betriebe.

Zu der Begehung des künftigen Reichstages wird unsere Partei in ihrem Wahlprogramm, getreu ihren Grundgedanken, fordern: Eine Sozialgesetzgebung, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle rechtliche Gleichstellung auf sozialer und wirtschaftlichem Gebiet dauernd und unverzüglich gewährleistet und ein freies, demokratisches Beamtenrecht; Scheinrenten einführt.

Auf konstitutionellem Gebiet muß die volle Freiheit und die alleinige Verantwortlichkeit des Reichspräsidenten, der Reichsregierung und der Volksvertretung als demokratische und staatsrechtliche Grundforderung erhalten werden. Eine Sicherung der Mitarbeit der Vertreter der Organisationen aller Berufsstände schon bei der Vorbereitung der Gesetz- und Verordnungen und Aufnahmehaltung auf ihrer mit dem Gemeinwohl berechneten Notwendigkeit, ist Recht und Pflicht der verfassungsmäßigen Regierung.

Maercker geht

(Eigene Drahtmeldung)

Dresden, 27. März. General Maercker hat seinen Abschied eingereicht und ist bis zur Entscheidung auf sein Gehalt hin beurlaubt. Die Dienstgeschäfte des Wehrfreikommandos IV führt in Vertretung weiterer Generalmajor Müller, Kommandeur der Reichswehrbrigade XII.

Die Front der Roten Armee

(Eigene Drahtmeldung)

Dresden, 27. März. Die Befehlshaber der Roten Armee von Trossburg, Wilsch und Eschen sind nach Trossburg nach Weisel, da sie vorläufig noch Beratungen abhalten, ob die Weiskelder Abmachungen angenommen sind. Am Sonntag soll in großen Versammlungen darüber entschieden werden, ob der Kampf weitergeführt wird. Die Front der Arbeiter, die Weisel noch nicht